

Stadtratssitzung vom 17. November 2016

Postulat Nr. P 6/2016

Postulat betreffend Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!

Alice Kropf (SP), Katharina Ali-Oesch (SP) und Mitunterzeichnende vom 3. Juni 2016; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Antrag

1. Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, gemäss dem Vorgehen der Stadt Zürich das Aufnahmekontingent von geflüchteten Menschen zu erhöhen und zwar mindestens in der Grössenordnung von 0,25 Prozent der Wohnbevölkerung.
2. Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, gemäss dem Vorgehen der Stadt Barcelona vertriebene Menschen direkt aus Lagern für Geflüchtete aufzunehmen.

Begründung

Durch kriegerische Auseinandersetzungen sind Millionen von Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa die Hälfte davon sind Frauen und Kinder. Nur ein kleiner Teil dieser Vertriebenen gelangt nach Europa, der allergrösste Teil sind Binnenflüchtlinge oder sie suchen in angrenzenden Staaten Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut. Der Umgang europäischer Regierungen und der EU mit der verhältnismässig geringen Zahl von Zuflucht suchenden Menschen ist beschämend und verletzt die menschenrechtlichen Grundwerte.

Dass es auch anders geht, beweist die Stadt Zürich: Seit anfangs Jahr verstärkt sie ihr Engagement für Geflüchtete und ist bereit, zusätzlich 1'000 Schutzsuchende aufzunehmen. Sie fordert andere Gemeinden auf, es ihr gleich zu tun.

Noch weiter geht die Stadt Barcelona. Angesichts der Untätigkeit und fehlender Antworten europäischer Staaten in Bezug auf die humanitäre Notlage der Geflüchteten hat die Stadt Barcelona eine Zusammenarbeit mit Lesbos (Griechenland) und Lampedusa (Italien) vereinbart. Sie hat damit den beiden Inseln im Mittelmeer, auf denen in den letzten Jahren mehr Geflüchtete angekommen sind als anderswo, ihre volle Unterstützung zugesagt. Im vergangenen September hatte Barcelona angesichts der dramatischen Lage, die durch die anhaltende Fluchtbewegung aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und Irak entstanden war, den Plan „Barcelona – Stadt der Zuflucht“ ins Leben gerufen. Dieser Plan sieht unter anderem vor, Menschen direkt aus den Partnerstädten an den europäischen Aussengrenzen aufzunehmen. Angesichts der Untätigkeit Europas sei es an der Zeit, dass unsere Städte ihre Stimmen erheben und aktiv werden, so die Bürgermeisterin Barcelonas.

Zu prüfen ist deshalb eine Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem SRK zur Direktaufnahme von (besonders verletzlichen) Personen aus Lagern für Geflüchtete rund um das Mittelmeer und im angrenzenden Raum, beispielsweise aus der Türkei, Syrien, Somalia, Sudan oder Libyen. Somit bliebe den Geflüchteten die gefährliche und leider allzu oft todbringende Reise durch die Wüste und über das Meer erspart. Ähnliches wurde vom Staatssekretariat für Migration (SEM) bereits vor einem Jahr beschlossen, doch die angekündigte Aufnahme von 3'000 besonders schutzbedürftigen Menschen kommt nur langsam voran; bis März diesen Jahres wurden lediglich 357 Personen aufgenommen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Städte konsequent mutig und menschlich zeigen. Der Spielraum ist da, die Bereitschaft der städtischen Bevölkerung zu helfen ebenso. Das zeigt z.B. die hohe Anzahl an freiwilligen Helfenden in den Asylunterkünften. Die Postulant*innen fordern Städte, die Laboratorien innovativer Politik, der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Menschenfreundlichkeit, der Solidarität und der Demokratie sind.

(Dieser Vorstoss wird in den Gemeinden Bern, Thun, Biel, Burgdorf und Köniz eingereicht)

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat lehnt das vorliegende Postulat ab. Das Ganze ist zwar gut gemeint, aber in Bezug auf die rechtlichen, finanziellen und politischen Konsequenzen wenig durchdacht.

Die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist eine Angelegenheit des Bundes und der Kantone. Seit 2012 hat der Kanton Bern diese Aufgabe an die vier Asylsozialhilfestellen delegiert. Die Gemeinden haben bei diesem Thema somit keine direkten Aufgaben mehr. Eine einzelne Gemeinde kann sich weder die Personen, die ihr zugewiesen werden, noch deren Anzahl aussuchen. Auch ist eine „Direktaufnahme“, d.h. ein Direktkontakt zwischen einer Gemeinde und dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen (UNHCR) nicht möglich. Wenn Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms in die Schweiz kommen, werden sie vom Bund aufgenommen. Sie durchlaufen dann allerdings nicht das herkömmliche Verfahren, sondern erhalten direkt Asyl. Diese institutionellen Schwierigkeiten haben sich im Fall der Stadt Zürich deutlich gezeigt. In dem Jahr seit dem politischen Entscheid, 1'000 Kontingentsflüchtlinge zusätzlich aufzunehmen, sind effektiv erst einige wenige Familien aufgenommen worden.

Die Stadt Thun ist ihren Verpflichtungen bei der Unterbringung von Asylsuchenden in den letzten Jahren immer loyal und kooperativ nachgekommen (z.B. RAZ Allmendingen, Bundesasylzentrum). Sie ist für den Kanton anerkanntermassen ein verlässlicher Partner. Der Gemeinderat ist bereit, dafür zu sorgen, dass die Stadt Thun ihren Beitrag auch in Zukunft verlässlich und loyal leistet. Er ist aber nicht bereit, freiwillig und ohne klare Zuständigkeit Aufgaben zu übernehmen, die zu erheblichen Abklärungen über die rechtliche Zulässigkeit und die Finanzierung führen.

Für den Gemeinderat geht es nun darum, die Herausforderungen zu bewältigen, die im Asylbereich auf die Gemeinden zukommen. Diese sind schon gross genug. Ein einseitiges Vorgehen durch einzelne Gemeinden ausserhalb der geltenden Zuständigkeitsordnungen erscheint dem Gemeinderat nicht sinnvoll. Gegenwärtig wird eine Neuorganisation der Asylkoordination Thun vorbereitet. Die Hauptkräfte der Verwaltung sollten nun in dieses Projekt gesteckt werden.

Antrag

Ablehnung.

Thun, 26. Oktober 2016

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller